

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR und der BA
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs
am 30./31.10.2003

10. Erstattung zu Unrecht entrichteter Beiträge bei der Störfallbeitragsberechnung von insolvenzgesicherten Wertguthaben durch den Treuhänder/Insolvenzverwalter
-

- 418 -

Nach § 26 Abs. 2 SGB IV sind zu Unrecht entrichtete Beiträge zu erstatten, es sei denn, dass der Versicherungsträger bis zur Geltendmachung des Erstattungsanspruchs aufgrund dieser Beiträge oder für den Zeitraum, für den die Beiträge zu Unrecht entrichtet worden sind, Leistungen erbracht oder zu erbringen hat. Gemäß § 351 Abs. 1 SGB III gilt abweichend von § 26 Abs. 2 SGB IV für die Erstattung zu Unrecht gezahlter Arbeitslosenversicherungsbeiträge, dass sich der zu erstattende Betrag um den Betrag der Leistung mindert, der in der irrtümlichen Annahme von Versicherungspflicht gezahlt worden ist. Der Erstattungsanspruch steht nach § 26 Abs. 3 SGB IV demjenigen zu, der die Beiträge getragen hat.

Im Fall der Insolvenz eines Arbeitgebers ist der Treuhänder/Insolvenzverwalter verpflichtet, bisher gebildetes Wertguthaben möglichst kurzfristig an den Arbeitnehmer auszuzahlen. Da der Treuhänder/Insolvenzverwalter vorerst über keinerlei Abrechnungsunterlagen verfügt, wird er in Kenntnis der Sozialversicherungspflicht des Arbeitnehmers das volle insolvenzgesicherte Wertguthaben verbeitragen, ohne eine bisher gebildete, möglicherweise niedrigere SV-Luft zu berücksichtigen. Bis zur abschließenden Klärung über die tatsächliche Höhe des beitragspflichtigen Wertguthabens rechnet der Treuhänder/Insolvenzverwalter somit wissentlich nicht korrekt ab. Es ist die Frage gestellt worden, ob die Regelungen der §§ 26 Abs. 2 SGB IV, 351 Abs. 1 SGB III auch für diese Fälle anzuwenden sind.

Nach Auffassung der Besprechungsteilnehmer gelten auch solche Beiträge als zu Unrecht entrichtet, die im Wege der Störfallbeitragsberechnung von insolvenzgesicherten Wertguthaben in Unkenntnis einer gegebenenfalls niedrigeren SV-Luft voll verbeitragt werden. Die Erstattung erfolgt auch in diesen Fällen unter Berücksichtigung der §§ 26 Abs. 2 SGB IV, 351 Abs. 1 SGB III sowie der Gemeinsamen Grundsätze der Spitzenorganisationen der Sozial-

versicherung vom 26.03.2003 für die Verrechnung und Erstattung zu Unrecht gezahlter Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.